

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(13. Ausschuß)**

- 1. zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.
– Drucksache 13/5542 –**

**Verbesserung des Jugendaustausches zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Gysi, Heinrich Graf von Einsiedel,
Manfred Müller (Berlin), weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/5579 –**

Förderung des deutsch-tschechischen Jugendaustausches

A. Problem

Weitere Ausgestaltung des deutsch-tschechischen Jugendaustausches.

B. Lösung

Der interfraktionelle Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine Koordinierungsstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch einzurichten, die mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand effektiv arbeitet und Organisationen und Institutionen beraten und Partner vermitteln soll. Ferner soll sie eigenverantwortlich mit Verbänden, Organisationen und Bundesländern zusammenarbeiten. Schließlich wird verlangt, ausreichende Mittel für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch bereitzustellen.

Der Antrag der Gruppe der PDS fordert darüber hinaus die möglichst rasche Umwandlung der Koordinierungsstelle in ein Jugendwerk, die Streichung von Mitteln für bestimmte Verbände sowie die unverzügliche Unterzeichnung einer deutsch-tschechischen Erklärung zur Versöhnung beider Völker.

Annahme des Antrages auf Drucksache 13/5542 und Ablehnung des Antrages auf Drucksache 13/5579.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Annahme des Antrages auf Drucksache 13/5579.

D. Kosten

Eine Kostenabschätzung wurde nicht vorgenommen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 13/5542 – anzunehmen und
2. den Antrag – Drucksache 13/5579 – abzulehnen.

Bonn, den 10. Dezember 1996

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Edith Niehuis

Vorsitzende

Matthias Berninger

Berichterstatter

Klaus Hagemann

Berichterstatter

Helmut Jawurek

Berichterstatter

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Berichterstatlerin

Rosel Neuhäuser

Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Matthias Berninger, Klaus Hagemann, Helmut Jawurek, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Rosel Neuhäuser

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 125. Sitzung am 26. September 1996 die beiden Anträge – Drucksachen 13/5542 und 13/5579 – dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 48. Sitzung am 6. November 1996 einstimmig bei Abwesenheit der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages auf Drucksache 13/5542 bei Ablehnung des Antrages auf Drucksache 13/5579 zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Anträge in seiner 45. Sitzung am 4. Dezember 1996 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Antrages auf Drucksache 13/5542 zu empfehlen. Der Antrag auf Drucksache 13/5579 wurde gleichzeitig mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt.

II.

Der interfraktionelle Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine Koordinierungsstelle für den deutsch-

tschechischen Jugendaustausch einzurichten, die mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand effektiv arbeitet und Organisationen und Institutionen beraten und Partner vermitteln soll. Ferner soll sie eigenverantwortlich mit Verbänden, Organisationen und Bundesländern zusammenarbeiten. Schließlich wird verlangt, ausreichende Mittel für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch bereitzustellen.

Der Antrag der Gruppe der PDS fordert darüber hinaus die möglichst rasche Umwandlung der Koordinierungsstelle in ein Jugendwerk, die Streichung von Mitteln für bestimmte Verbände sowie die unverzügliche Unterzeichnung einer deutsch-tschechischen Erklärung zur Versöhnung beider Völker.

III.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zeigten sich erfreut über den vorliegenden Antrag und die bereits seitens der Bundesregierung eingeleiteten Schritte zur Umsetzung des deutsch-tschechischen Jugendaustauschprogrammes. Es sei sinnvoll, den deutsch-tschechischen Jugendaustausch mit wenig Personal zu organisieren und mit zwei Koordinierungsstellen einzurichten. Zweckmä-

Big sei es auch, den Austausch ohne eine übergeordnete Organisation zu koordinieren, um die Finanzmittel direkt für die Jugendbegegnungsmaßnahmen einsetzen zu können. Zugleich erübrige sich beim deutsch-tschechischen Jugendaustausch die Frage der Finanzierung, weil die Begegnungsmaßnahmen vom jeweiligen Land finanziert würden.

Den Antrag der Gruppe der PDS, der ein deutsch-tschechisches Jugendwerk fordere, lehne man aufgrund seiner sozialistischen Tendenz ab. Darüber hinaus werde in diesem Antrag die Absicht deutlich, die Landsmannschaften von dem Jugendaustausch auszuschließen. Versöhnung und Verständigung sollte jedoch insbesondere im deutsch-tschechischen Verhältnis mit den „Betroffenen“ stattfinden und deshalb die Landsmannschaften einbinden, die vor allem in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet hätten.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD zeigten sich ebenfalls erfreut, daß es gelungen sei, diesen interfraktionellen Antrag einzubringen. Im wesentlichen könne man sich den Ausführungen der Koalitionsfraktionen anschließen. Die Mitglieder der Fraktion der SPD bemängelten, daß keine zusätzlichen Mittel für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch bereitgestellt worden seien. Die in dem Antrag enthaltene Forderung zur Mittelausstattung müsse daher für die nächsten Haushaltsberatungen aufrechterhalten werden. Den Antrag der Gruppe der PDS lehne die Fraktion der SPD ebenfalls ab.

Auch die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßten den vorliegenden interfraktionellen Antrag. Der Antrag sei von besonderer Bedeutung, da die Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung sicherlich noch ein Jahr in Anspruch nehmen werde und somit dieser Zeitraum gewonnen worden sei. Derzeit könne noch nicht beurteilt wer-

den, ob sich die für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch gewählte neue Struktur bewähren werde. Da der Deutsche Bundestag eine große Verantwortung für den Jugendaustausch trage, räume man dem Projekt gute Chancen ein. Trotz mancher Äußerungen sollten die Landsmannschaften nicht von dem deutsch-tschechischen Jugendaustausch ausgeschlossen werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde daher den Antrag der Gruppe der PDS ablehnen.

Obwohl die Bereitstellung von 2 Mio. DM für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch begrüßt werde, sei zu kritisieren, daß in vielen Bereichen des Jugendaustausches die Mittel gekürzt worden seien. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend habe in der Haushaltsdebatte erläutert, daß die neue Schwerpunktsetzung nicht zu Lasten der übrigen Jugendaustauschmaßnahmen gehe. Die Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen dürfe nicht dazu führen, daß in anderen sensiblen Bereichen gespart werde. Es sei zu hoffen, daß in den Haushaltsberatungen im Jahre 1997 eine bessere Lösung erzielt werden könne.

Die Mitglieder der Gruppe der PDS betonten, daß sich ihr Antrag inhaltlich nicht wesentlich von dem interfraktionellen Antrag unterscheide. Die bestehenden Projekte der deutsch-tschechischen Jugendorganisationen und deren Einbeziehung in den Jugendaustausch dürften nicht vernachlässigt werden. Die durch den Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten 2 Mio. DM sollten nicht ausschließlich für die Einrichtung der Koordinierungsstelle des deutsch-tschechischen Jugendaustausches, sondern auch für die bereits bestehenden oder neuen Projekte eingesetzt werden. Im übrigen wüßten sie nicht, wo die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU im Antrag der Gruppe der PDS sozialistische Tendenzen sähen.

Bonn, den 10. Dezember 1996

Matthias Berninger

Berichterstatte

Klaus Hagemann

Berichterstatte

Helmut Jawurek

Berichterstatte

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Berichterstatte

Rosel Neuhäuser

Berichterstatte